

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 56 (1964)
Heft: 6

Artikel: Das innerpolitische Fazit der Regierung Kennedys
Autor: Adam, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354132>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 6 - JUNI 1964 - 56. JAHRGANG

Das innerpolitische Fazit der Regierung Kennedys

Der Verfasser dieses Artikels, Herr Senatspräsident a. D. Robert Adam, ist langjähriger geschätzter Mitarbeiter der «Gewerkschaftlichen Rundschau», vor allem für Probleme der Vereinigten Staaten von Amerika. In den letzten Jahren sind von ihm in dieser Zeitschrift erschienen: «Zum Rücktritt von John L. Lewis», 1960, Seite 121; «Probleme der USA-Gewerkschaften», 1960/355; «Right to Work-Gesetze und Union shop», 1961/65; «Fringe Benefits für Arbeitnehmer», 1962/25; «Die auswärtige Hilfe der USA», 1962/229; «Zweimaliges Scheitern der gesetzlichen Krankenversicherung in den USA», 1963/152. In diesen Tagen erscheint im Olzogen-Verlag München sein Buch «USA, Geschichte und Verfassungsordnung».

Die Geschichtsschreibung wird aus dem außerpolitischen Geschehen der 34 Monate der Regierung Kennedys (20. Januar 1961 bis 22. November 1963) wohl zwei Ereignisse hervorheben: seine feste Haltung während der *Kubakrise* im Oktober 1962, mit der er die mißglückte Invasion Kubas vom 17. April 1961 reichlich wettgemacht und am Rande eines Atomkrieges Chruschtschew zum Nachgeben gezwungen hat. Daß er nicht so weit ging, das kommunistische Feuer in Kuba auszutreten, wird ihm mancherseits zum Vorwurf gemacht. Dadurch aber, daß er den Sieg nicht auskostete und dem Gegner den Rückzug ohne Demütigung erleichterte, hat er wohl den Grund für die erste Entspannung im Kalten Krieg gelegt, den Bann von weiteren *Atomversuchen* über der Erde, dem außer der UdSSR und den USA viele andere Nationen beigetreten sind. Die außerpolitische Machtfülle des amerikanischen Präsidenten, der nicht nur das Geschick seines Landes, sondern das vieler anderer Nationen in seinen Händen hatte, kam deutlich zum Bewußtsein der Weltöffentlichkeit. Präsident Kennedy stand allein, weder der amerikanische Kongreß noch das Kabinett konnten ihm auch nur einen Teil der Verantwortung abnehmen.

Als Kennedy auf seinem Wahlfeldzug versprach, das Land zu neuen Zielen zu führen – er sprach von «new frontier», der neuen Grenze (neue Ziele) und von «moving forward», Bewegung nach

vorn –, stand das Land in einer Rezession, einem vorübergehenden wirtschaftlichen Stillstand, die jedoch die leichteste der vier recessions seit dem Zweiten Weltkrieg war und schon nach einigen Monaten einem neuen, bisher ununterbrochenen Aufstieg Platz machte. Die gesamte Nationalproduktion stieg von 505 Mia Dollar 1960 auf 521 Mia 1961, auf 554 Mia 1962; sie wird für 1963 auf 583 Mia geschätzt und überragt damit die Summe der nationalen Produktionen der westeuropäischen Industrieländer und Japans beträchtlich. Das Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung betrug 1962 2357 Dollar gegenüber 2263 im Vorjahr (1961), das durchschnittliche Familieneinkommen 7140 Dollar gegenüber 6962. Je eine von fünf Familien hat ein Jahreseinkommen über 10 000 Dollar. Die amerikanische Nation genießt in breitesten Schichten einen Wohlstand, wie er in keinem Abschnitt der uns bekannten Geschichte je von einem Volk erreicht worden ist. Das vielzitierte Wort: «We never had it so good» (noch nie ist es uns so gut gegangen) ist berechtigt.

Dieses glänzende Bild wird jedoch von einigen *düsteren Wolken* beschattet:

Die *Arbeitslosigkeit*, die in den letzten 65 Monaten ein einziges Mal unter 5 Prozent des Bestandes der Arbeitskräfte gesunken ist, ist nicht in dem erwarteten Umfang zurückgegangen. Sie bewegte sich während des Jahres 1963 zwischen 5 und 6 Prozent. Die Ursachen liegen vor allem in der schnell fortschreitenden Automation der Wirtschaft und in strukturellen Veränderungen, wie der Verdrängung der Kohle durch Oel und Wasserkraft, die allein im Staate West Virginia Hunderttausende von Bergarbeitern jahrelang außer Arbeit gesetzt hat.

Die *Zahlungs-* (nicht auch Handels-) *bilanz* ist seit Jahren passiv. Das Defizit betrug 1960 3,9 Mia Dollar, 1961 2,4 Mia, 1962 2,2 Mia. Die wesentlichen Ursachen sind: der Aufwand der amerikanischen Truppen in Uebersee, die hohen Investitionen amerikanischen Kapitals in auswärtigen, insbesondere in den westeuropäischen Ländern, die Hilfe für unterentwickelte Länder und der Reiseverkehr der Amerikaner im Ausland. Da die ausländischen Gläubiger in aller Regel Zahlung ihrer Forderungen in Gold verlangen können, ist der *Goldvorrat*, der 1949 24,5 Mia Dollar betragen hatte, im Lauf der Jahre ständig gesunken; er betrug im August 1963 noch 15,7 Mia Dollar.

Der *Bundeshaushalt* weist seit Jahren ein *Defizit* auf; es betrug im Haushaltsjahr 1961 (1. Juli 1960 bis 30. Juni 1961) 3,9 Mia Dollar, im Haushaltsjahr 1962 6,4 Mia, im Haushaltsjahr 1963 6,2 Mia. Die *Bundesschuld* hat im Juli 1963 die schwindelnde Höhe von 305,9 Mia Dollar erreicht. Ihre Verzinsung ist höher als der gesamte Bundeshaushalt in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg.

Angesichts dieser Entwicklung ist es begreiflich, daß die umfangreichen sozialpolitischen Pläne Kennedys im Kongreß von Anfang an auf starken Widerstand stießen. Man verglich in den USA den Beginn seiner Regierung vielfach mit den berühmten Hundert Tagen der Regierung *F. D. Roosevelts*, der 1933 in der größten Wirtschaftskatastrophe der amerikanischen Geschichte dem Kongreß eine Fülle neuer Gesetze vorlegte, die fast alle mit geringen Abänderungen in rascher Folge angenommen wurden. Die weitgreifenden Reformen, die unter dem Namen *New Deal* – der Ausdruck ist der Neuverteilung der Karten im Spiel entnommen – zusammengefaßt werden, haben das Gesicht der amerikanischen Wirtschaft völlig umgestaltet, die Aera des unbeschränkten «laissez faire», der staatlichen Nicht-einmischung in das Wirtschafts- und Sozialleben, beendet und eine neue Epoche heraufgeführt, in der die Früchte der gewaltigen Wirtschaftskraft des Landes den breitesten Schichten zugute kommen. Aber die Lage, in der Roosevelt die Regierung antrat, war von derjenigen beim Amtsantritt Kennedys zu verschieden, als daß eine Fortsetzung des *New Deals* möglich gewesen wäre. Die Rezession war nach kurzer Zeit überwunden und gab den Weg zu einem neuen Aufstieg frei. Wieder zeigte sich, daß bei dem konservativen Denken der Amerikaner sozialpolitische Reformpläne bald erlahmen, wenn das Wirtschaftsleben in Blüte steht. So wurden die Reformen Theodore Roosevelts von seinem Nachfolger Taft (Präsident 1909–1913) ebensowenig weiter verfolgt wie die Pläne Wilsons von den drei republikanischen Nachfolgern Harding, Coolidge und Hoover in dem Wirtschaftsboom der zwanziger Jahre.

Bei den vielfachen Mißerfolgen Kennedys in der Innenpolitik trat die *Schwäche der innerpolitischen Stellung des Präsidenten*, die in auffallendem Gegensatz zu seiner außenpolitischen Machtfülle steht, deutlich zutage. Niemand hat sie deutlicher umschrieben als Wilson, der erfahrenste Verfassungsrechtler unter allen Präsidenten, in seinem Buch «*Constitutional Government of USA*», das er als Professor der Princeton Universität verfaßte:

In unserem System liegt die gesamte Urheberkraft beim Kongreß. Dieser steht an der Spitze aller unserer Staatsorgane; er allein gibt in unserer Bundesrepublik den Ton an. Er bestimmt in erster und letzter Instanz, was geschehen soll. Die in Wahrheit untergeordnete Stellung des Präsidenten wird zum Teil verdeckt von der Würde, die sein exponierter Platz an der Spitze eines großen Staatswesens diesem Amt verleiht, zum Teil aber auch durch jene Geschehnisse, die in einigen besonders bemerkenswerten Perioden unserer Geschichte unsere Präsidenten zum Rang wahrer Schöpfer der Politik und Lenker der Staatsgeschäfte emporgetragen haben. Der Präsident verfügte jedoch, außer in den Fällen, in denen er den Kongreß hinter sich hatte, niemals über eigene Macht.

Die innerpolitische Schwäche der Präsidentschaft Kennedys ist um so auffallender, als im Kongreß von Anfang an in beiden Häu-

sern die Demokraten die Republikaner gewaltig überflügelten. Seit der Wahl im November 1962 (die Kongreßmitglieder werden alle zwei Jahre neu gewählt, von den Senatoren, die sechs Jahre im Amt bleiben, alle zwei Jahre ein Drittel) ist das Verhältnis der Demokraten zu den Republikanern im Abgeordnetenhaus 257:178, im Senat 67:33. Aber der amerikanische Präsident kann sich im Gegensatz zu parlamentarischen Regierungssystemen auf die Angehörigen seiner Partei in vielen Fällen nicht verlassen. Die Demokratische Partei beruht auf zwei Hauptstützen: den Demokraten der noch überwiegend agrarischen Südstaaten, in denen sie seit dem Bürgerkrieg (1861–1865) eine überwältigende Mehrheit haben, und den breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung in den großen Industriestädten des Nordostens und des Mittleren Westens. Es ist begreiflich, daß bei Zusammenfassung so heterogener Elemente in einer Partei starke Spannungen entstehen. Ähnlich, wenn auch nicht so ausgeprägt, liegen die Verhältnisse bei den Republikanern. Daher zerfallen beide Parteien in einen liberalen und einen konservativen Flügel. Ein Fraktionszwang besteht nicht. In vielen Fällen gehen die stark konservativen Demokraten der elf Südstaaten mit dem rechten Flügel der Republikaner zusammen, so daß man geradezu von einer Koalition, ja von einem Vierparteiensystem sprechen kann. Diese Koalition entstand 1937, als sich der erste Widerstand gegen den New Deal mit seiner Unterstützung ganzer Bevölkerungsschichten und der dadurch steigenden Verschuldung des Bundes geltend machte. Sie hat sich seither als starke Bremse bei der Förderung der Sozialpolitik und der Gleichberechtigung der Neger, gegen Steuerreformen, Einwanderungsgesetzgebung und auf manchen anderen Gebieten ausgewirkt.

Kennedy mußte, oft vergeblich, gegen diese Koalition ankämpfen. Die folgende Darstellung soll zeigen, auf welchen Gebieten Kennedy ganz oder teilweise Erfolg hatte, wo er vollständig unterlag, schließlich welche Aufgaben von seinem Nachfolger *Johnson* mit der Aussicht übernommen werden, in der kommenden Zeit ganz oder teilweise zum Erfolg zu führen. Bei der Fülle des Materials können nur Gebiete von Bedeutung behandelt, Probleme kleineren Umfangs nur am Rand berührt werden.

I. Erfolgreiche Maßnahmen

a) *Peace Corps*

Es war eine eigenartige Fügung, daß gerade der Plan, dem Kennedy skeptisch gegenüberstand, obwohl er ihn am Ende seines Wahlfeldzugs bekanntgegeben hatte, zu seinem größten und unbestrittenen Erfolg werden sollte, die Schaffung des Peace Corps (PC:

Friedenskorps). Streng genommen, gehört es wie die später zu behandelnde Auslandshilfe nicht zum innerpolitischen Geschehen; aber da das PC der amerikanischen Jugend ein neues Ziel setzte und sich als hervorragend geeignet erwiesen hat, die stereotype Vorstellung vom Amerikaner in der Weltöffentlichkeit zu ändern, erscheint seine Behandlung in diesen Rahmen gerechtfertigt.

Nach dem Stand vom 30. November 1963 waren im PC 4422 Männer und 2763 Frauen eingesetzt; davon befanden sich in den 47 Gastländern 5937, der Rest war in Ausbildung in den USA. Damit ist das Ziel, bis August 1963 10 000 Teilnehmer zu haben, nicht ganz erreicht worden. Man hat zunehmend mehr Gewicht auf Qualität als auf Quantität gelegt. Von je 11 Bewerbern (am Anfang von je 6) wird nur einer genommen; während der Ausbildung werden weitere 22 Prozent ausgeschieden. Das Schwergewicht der Tätigkeit hat sich in den einzelnen Ländern auf bestimmte Tätigkeiten konzentriert, von einer Streuung ist man abgekommen. In vorderster Linie steht zurzeit Lateinamerika, wo «community development» (Bau von Schulen, Straßen, Brücken, Wasserleitungen, Krankenhäusern) vorherrscht. In kurzem Abstand folgt Afrika, wo Unterricht in allen Stufen, insbesondere in Sprachen, die Dominante abgibt. Im Nahen Osten und in Südasien, von Zypern bis Indien, ist die Mitarbeit vorwiegend der Besserung der landwirtschaftlichen Betriebstechnik gewidmet. Kein Land hat bisher die Abberufung eines Teilnehmers verlangt, etwa 20 weitere Länder haben um Beteiligung nachgesucht, die jedoch bisher abgelehnt wurde. Vor Beendigung der zweijährigen Dienstzeit sind 248 Teilnehmer, vorwiegend aus gesundheitlichen Gründen, ausgeschieden. Am 1. Januar 1963 hat das neugegründete *International Peace Corps Secretariat in Washington* seine Arbeit begonnen, das Erfahrungen mit anderen Ländern, die ähnliche Einrichtungen schaffen wollen, austauschen will. Die Zahl dieser Länder ist bisher auf 12 gestiegen, darunter befindet sich die Deutsche Bundesrepublik, wo eine ähnliche Einrichtung anlässlich des Besuchs des Präsidenten Kennedy in Bonn begründet wurde.

b) Mindestlohn

Die Erhöhung des Mindestlohns von 1 auf 1,25 Dollar pro Arbeitsstunde ist im August 1961 Gesetz geworden. Es bestehen zwar noch zahlreiche Ausnahmen, auch waren die Löhne des größten Teils der Arbeitnehmer in jener Zeit schon höher als 1,25 Dollar. Vor Erlass des Gesetzes fielen 24 Millionen Arbeitnehmer unter die Mindestlohngarantie, neu unter den Schutz des Gesetzes kamen 3,6 Millionen, die die Mindestgrenze ab September 1965 in zwei Etappen erreichen werden. Diese werden dann auch der Ueberstundenvergütung in Höhe von 150 Prozent des Normallohns nach einer Arbeitszeit von weniger als 40 Wochenstunden teilhaftig.

c) Erhöhung der Gehälter, der Sozialversicherungsleistungen und der Veteranenhilfe

Die Gehälter der Bundesbeamten wurden während der Regierungszeit Kennedys zweimal erhöht. Leitend war die Absicht, den Bundesdienst insbesondere in den höheren Graden anziehender zu gestalten und die Bezahlung einigermaßen der in der freien Wirtschaft anzugleichen. Die Gehälter stehen in allen Stufen weit über denen der westeuropäischen Länder, in den unteren und mittleren Graden auch über den Gehältern, die in vergleichbaren Stellungen von der Privatwirtschaft in den USA gezahlt werden. Bei den höheren Graden ist der Abstand zu leitenden Stellungen außerhalb des öffentlichen Dienstes nach wie vor teilweise sehr beträchtlich.

Die Leistungen der Sozialversicherung für alte und invalide Personen und ihre Hinterbliebenen wurden etwas erhöht, ebenso die Leistungen an die Veteranen, deren Renten die in den westeuropäischen Ländern üblichen um das Mehrfache übersteigen.

Neu eingeführt wurde eine Bundeshilfe für Kinder von langfristig Arbeitslosen.

d) Fürsorge für Geisteskranke

Ein Gesetz von 1963 wendet dieser Fürsorge erhöhte Sorgfalt zu. Die Gemeinden, die «mental health centers» errichten, erhalten Bundeszuschüsse in Höhe von einem Drittel bis zu zwei Dritteln der Gesamtkosten. Für 1964 sind 150 Mio Dollar an Bundeshilfe vorgesehen.

II. Maßnahmen mit teilweise Erfolg

a) Schulförderungs- und Erziehungsprogramm

Zur Förderung des Schulwesens in allen Graden schlug Kennedy dem Kongreß ein großes Projekt vor, das mit einem Bundesaufwand von über 5 Mia Dollar sich auf mehrere Jahre erstrecken sollte. Wie unbefriedigend die Schulverhältnisse in einzelnen Teilen des Landes noch sind, kann man zum Beispiel daraus ersehen, daß es 1960 noch etwa 25 000 Schulen mit einer einzigen Lehrkraft gab, die allerdings nur 2 Prozent der Besucher der Grundschule umfaßten. Bei der dünnen Besiedlung insbesondere des Westens sind die lokalen Körperschaften ohne ausreichende Hilfe der Einzelstaaten und des Bundes nicht in der Lage, ausreichend Abhilfe zu schaffen. Auch die Bezahlung der Lehrkräfte, die vielfach noch ungenügend ist und zur Folge hat, daß die weiblichen Lehrkräfte in der Grundschule weitaus überwiegen, sollte teilweise vom Bund finanziert werden, ebenso der Bau von Schulhäusern und neuen «colleges», einer den USA eigentümlichen Schulart zwischen der «high school» (einer sechsklassigen europäischen Mittelschule zu

vergleichen) und der Universität. Im Hinblick auf die stark anwachsende Bevölkerung (von 150 Millionen im Jahre 1950 auf 180 Millionen im Jahre 1960, nach der Fortschreibungsstatistik auf 190 Millionen im August 1963) ist die Förderung des Schulwesens eine der vordringlichsten Aufgaben der Regierung.

Gestützt auf Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs, der Supreme Court, und auf gewichtige Gutachten hielt der Präsident im Hinblick auf die im ersten Zusatzartikel zur Verfassung ausgesprochene Trennung von Staat und Kirche die Zuteilung von Bundesmitteln an die privaten Schulen für verfassungswidrig. Das rief den *Widerstand der katholischen Bevölkerungskreise und der Bischöfe* hervor, die auf die starke Benachteiligung der qualitativ hochstehenden katholischen Schulen verwiesen, die 5,4 Millionen Schüler – gegenüber 37,6 Millionen in den öffentlichen Schulen – umfassen. Diese Kontroverse griffen die dem ganzen Projekt widerstrebenden Kreise des Kongresses als willkommenen Anlaß auf, um den Plan Kennedys unerledigt liegenzulassen. Mit seiner Wiederaufnahme ist vorläufig kaum zu rechnen.

Es ist aber doch berechtigt, das Schulförderungsprogramm in die Maßnahmen mit teilweisem Erfolg einzureihen; denn wenige Wochen nach der Ermordung Kennedys hat der Kongreß 1,2 Mia Dollar für die *Hochschulen* («colleges» und Universitäten) bewilligt, hauptsächlich für neue Gebäude, Bibliotheken, Laboratorien und Wohnräume für die Studenten. Die verfassungsmäßigen Bedenken traten hier zurück, weil in diesem Stadium der religiösen Erziehung nicht mehr die Bedeutung zukommt als in den «elementary (Volks-) und high schools». Es konnten daher auch die privaten Hochschulen einbezogen werden.

Auch für die Ausbildung in Berufsschulen wurden erhebliche Mittel bewilligt.

b) Hilfe für unterentwickelte Gebiete der USA

Die Hilfe für Gebiete, die von langfristiger und überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit besonders hart betroffen werden, hat nicht den Umfang erreicht, den Kennedy im Auge hatte. Sie ist daher unter Abschnitt II ebenso einzureihen wie die

c) Umschulung von Arbeitslosen

auf andere Berufe, die erst in den Anfängen steckt und angesichts der Höhe der Arbeitslosigkeit noch ungenügend ist.

d) Auslandshilfe für unterentwickelte Länder

Sie gehört strenggenommen nicht in diese Betrachtung. Ein kurzer Blick auf sie sei gestattet, da sie in erster Linie gegeben wird, um

die Entwicklungsländer, im Jahre 1963 vor allem die Länder Lateinamerikas, vor der Hinwendung zum Kommunismus zu bewahren; darauf, daß ihr für die Sicherheit der USA große Bedeutung zukommt, hat der Präsident, oft vergeblich, hingewiesen. Er mußte es bitter empfinden, daß die für das Haushaltsjahr 1964 beantragten 4,5 Mia Dollar nicht genehmigt wurden. Bald nach seinem Tode wurden 3 Mia Dollar bewilligt.

e) Zwangsschlichtung bei Streiks

Zum erstenmal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat sich der Präsident zur Abwendung eines drohenden Eisenbahnerstreiks, der in wenigen Tagen das Wirtschaftsleben in größte Schwierigkeiten versetzt hätte, entschließen müssen, ein Gesetz vorzuschlagen, das wichtige Streitpunkte, insbesondere die Entlassung der seit Einführung des Dieselmotors längst überflüssig gewordenen Heizer auf den Lokomotiven, dem bindenden Schiedsspruch einer Kommission unterwirft. Das Gesetz wurde in letzter Stunde angenommen, der Streik dadurch verhindert; aber die erstmalige Einführung der Zwangsschlichtung von Arbeitsstreiks hat die Partner des Arbeitsvertrags ebensowenig befriedigt wie die Regierung.

III. Gescheiterte Maßnahmen

a) Versicherung der über 65 Jahre alten Personen gegen Krankheit

Die größte Lücke der Sozialversicherung der USA besteht hinsichtlich einer gesetzlichen Krankenversicherung, die nur vier Staaten in ganz geringem Umfang bei Krankheit der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung kennen. Schon als Senator hatte Kennedy einen Gesetzentwurf lebhaft unterstützt, der die Einbeziehung der über 65 Jahre alten und der invaliden Personen in die Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung durch Erhöhung der Beiträge zu dieser Versicherung bezweckte. Statt dieses Plans kam es zu einer wenig befriedigenden Lösung, bei der der Bund den Staaten, die entsprechende Gesetze erlassen, Zuschüsse im Durchschnitt von zwei Dritteln der Kosten gibt. Die Lücke besteht vor allem darin, daß gerade in den Staaten, die sozialpolitisch rückständig sind, nichts geschieht und in den übrigen Staaten vor Inanspruchnahme öffentlicher Hilfe die Kosten in größtmöglichem Umfang vom Patienten selbst getragen werden müssen.

Da der frühere Entwurf hauptsächlich infolge des erbitterten Widerstands der Aerzteschaft gegen jede gesetzliche Krankenversicherung gescheitert war, schlug Präsident Kennedy 1962 dem Kon-

groß Versicherungsschutz für den genannten Personenkreis nur hinsichtlich der Kosten, die durch Krankenhaus und Pflegepersonal entstehen, vor, nur in ganz geringem Umfang auch für die Arztkosten. Auch dieser Vorschlag fand keine Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses. Es ist kaum zu erwarten, daß Präsident *Johnson* die Krankenversicherung selbst in diesem geminderten Umfang in den Hexenkessel des Wahlkampfes 1964 werfen wird.

b) Fürsorge für Wanderarbeiter

Unerledigt blieb auch Kennedys Plan für eine bessere Hilfe für die Wanderarbeiter, die alljährlich von Mexiko und den Inseln des Karibischen Meers nach den USA kommen und zusammen mit den Saisonarbeitern aus den Südstaaten bei der Ernte bis hinauf zur kanadischen Grenze aushelfen. Schon durch die Kürze der Arbeitszeit gehören sie zu den wirtschaftlich schwächsten Kreisen der Bevölkerung.

c) Verbesserung der Gesetzgebung über Arbeitslosigkeit

Die Gesetzgebung über die Arbeitslosenversicherung liegt in den USA noch in den Händen der 50 Staaten, die gewisse Erfordernisse erfüllen müssen, wenn sie vom Bund 90 Prozent der Bundesarbeitslosensteuer erhalten wollen. Der Versuch, durch Bundesgesetze eine Besserung der vielfache Lücken enthaltenden einzelstaatlichen Gesetze zu erreichen, hatte keinen Erfolg.

d) Kostenloses Impfen

Auch hier blieb es bei der Absicht.

e) Innenstaatliches Peace Corps

Die guten Erfahrungen mit dem PC für andere Länder ließen den Plan entstehen, auch innerhalb der USA eine ähnliche Einrichtung zu schaffen, die vor allem die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen gemindert hätte. Der Vorschlag fand beim Kongreß keine Gegenliebe.

f) Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktion

Die amerikanische Agrarwirtschaft leidet seit Jahren an einer Ueberproduktion in vielen Erzeugnissen, die weder auf dem Inlands- noch auf dem Auslandsmarkt voll unterzubringen ist. Da die Regierung zur Unterstützung der Landwirtschaft die auf dem freien Markt nicht verkäufliche Produktion zu festgesetzten Preisen abnehmen muß, haben sich ungeheure Mengen, insbesondere in verschiedenen Getreidearten, angesammelt, deren Aufbewahrung allein täglich

1 Mio Dollar verschlingt. Der Plan, eine schärfere Kontrolle über die landwirtschaftliche Produktion einzuführen, ließ sich nicht verwirklichen. Die Unterstützung der Landwirtschaft kostete den Bund im Haushaltsjahr 1963 5,8 Mia Dollar, sie betrug damit 6,3 Prozent der Gesamtausgaben.

g) Department for Urban Affairs

Mit der Gründung eines 11. Department ((Bundesministerium) für städtische Angelegenheiten sollte die organisatorische Grundlage für eine stärkere Einschaltung des Bundes in kommunale Angelegenheiten, insbesondere in Beseitigung der «slums» (Elendsviertel), die noch fast in allen größeren Städten anzutreffen sind, gelegt werden. Auch dieser Plan wurde abgelehnt.

IV. Unerledigte Aufgaben mit gewissen Erfolgsaussichten

Die besondere Tragik des frühen Todes Kennedys liegt wohl darin, daß sich zwei Hauptprobleme bei seiner Ermordung in einem Schwebезustand befanden, der immerhin eine Lösung auf einer mittleren Linie verspricht.

a) Die Civil Rights Bill

Daß sich Kennedy schon im zweiten Jahr seiner Regierung entschloß, dem Kongreß einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Gleichberechtigung der Neger entschiedener, als es bisher je geschah, fördern soll, muß ihm besonders hoch angerechnet werden; denn als Demokrat wäre er bei seiner Wiederwahl im November 1964 auf die Unterstützung der elf überwiegend demokratischen Südstaaten angewiesen gewesen, die von jeher der Gleichberechtigung der Neger gegnerisch gegenüber gestanden sind. Dieses Reformgesetz erstreckt sich außer auf Wahlrecht, Besuch der öffentlichen Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen auch auf bestrittene Gebiete, wie Zwang zur Einstellung von Negern in der Privatwirtschaft, gleiche Behandlung in privaten Vergnügungsstätten, Hotels, Restaurants. Da die Verfassung nur die Rechte des Staatsbürgers gegen die öffentlichen Stellen schützt, sind damit verfassungsmäßige Fragen hoher Bedeutung aufgeworfen worden. Kann ein Privater, sofern er nicht öffentliche Aufträge ausführt, gezwungen werden, eine bestimmte Person einzustellen? Kann ein Restaurant, das ein konzessioniertes Gewerbe ist, gehalten werden, Gäste ohne Rücksicht auf Glauben oder Rasse aufzunehmen? Wie steht es in einem Geschäft, zu dessen Betrieb keine staatliche oder gemeindliche Konzession erforderlich ist? Können schließlich die Gewerkschaften gezwungen werden, in ihre Reihen Neger aufzunehmen?

Die Debatten zogen sich in den verschiedenen Ausschüssen der beiden Häuser des Kongresses das ganze Jahr 1963 hin, der Entwurf wurde förmlich zerredet. Ein Protestmarsch von 200 000 Negern und 20 000 Weißen in Washington verlief Ende August 1963 in voller Ruhe. Begünstigt durch die Stimmung inneren Friedens, die nach dem furchtbaren Ereignis vorherrscht, scheint jetzt aber der Zeitpunkt gekommen zu sein, in dem sich eine Kompromißlösung ergeben wird.

b) Steuersenkung und -reform

Mit einer Senkung der Einkommens- und Körperschaftsteuer um 11 Mia Dollar jährlich glaubte Kennedy, der Wirtschaft einen so starken Impuls geben und die Arbeitslosigkeit so bedeutend mindern zu können, daß in einigen Jahren der Steuerausfall nicht nur hereingebracht, sondern einem erhöhten Steueraufkommen Platz machen würde. Eine gleichzeitige Steuerreform sollte von den 11 Mia drei wieder hereinbringen. Angesichts des Haushaltsdefizits und der von Jahr zu Jahr ansteigenden Bundesschuld wurde aber die Ueberzeugung, daß in gleichzeitiger Senkung der Steuern das Heilmittel zu erblicken sei, von weiten Kreisen nicht nur des Kongresses nicht geteilt. Von einer Steuerreform, die gewissen Kreisen statt einer Senkung eine Erhöhung der Steuern gebracht hätte, war bald nicht mehr die Rede. Der Präsident erklärte sich mit einer bloßen Steuersenkung einverstanden. Auch dieses Projekt blieb in den verschiedenen Ausschüssen beider Häuser stecken, trotzdem Kennedy alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anwandte, um den Plan wenigstens am 1. Januar 1964 in Kraft treten zu lassen. Auch hier klärte sich bald nach seiner Ermordung die Lage. Im neuen Jahr wird sich der Kongreß mit dem Steuerplan bald befassen und ihn wahrscheinlich in zwei Jahresetappen annehmen.

Als unvollendete Symphonie könnte man das Wirken Kennedys überschreiben. Seine Laufbahn gleicht einem Kometen, der licht emporsteigt, um plötzlich im Dunkel zu verschwinden. Schon in jugendlichem Alter gelang ihm der Eintritt in den Senat, die exklusivste Körperschaft der Welt. Nach einem mit außerordentlichem Geschick geführten Wahlfeldzug zog er als der jüngste aller Präsidenten, als der erste Katholik ins Weiße Haus ein. 32 Monate und 2 Tage dauerte seine Regierung, fast auf den Tag genau ein Drittel der Zeit, die er im Amt geblieben wäre, wenn er im November 1964 wiedergewählt worden wäre (woran kaum ein Zweifel bestehen konnte). Ob ihn die Geschichte in die Reihe der großen Präsidenten Washington, Jefferson, Jackson, Lincoln, Wilson und die beiden Roosevelts einreihen wird, wird vielleicht davon abhängen, ob seine Haltung gegenüber der UdSSR zu einer dauernden Entspannung und damit zur Sicherung des Weltfriedens führen wird, im Innern davon, ob seine Haltung in der Negerfrage die Lösung des schwie-

rigsten innerpolitischen Problems der USA einen entscheidenden Schritt vorwärtsbringen wird, schließlich ob sich mit einer Steuer-senkung seine wirtschaftliche Kalkulation als berechtigt erweisen wird.

*Dr. Robert Adam, Senatspräsident a. D.,
zurzeit Washington DC.*

Die Rolle der Arbeiterbewegung in der Kultur einer humanitären Welt

Nach einem Referat von Prof. Eugen Kogon
am Kongreß des OeGB 1963

Eugen Kogon, Professor für wissenschaftliche Politik an der Technischen Hochschule in Darmstadt, ist ein bekannter Publizist und Politiker und ein großer Freund und Förderer der Gewerkschaften. Er lebte bis 1938 in Wien. Im März 1938 wurde er verhaftet und kam nach längerem Aufenthalt in Wiener Gefängnissen in das Konzentrationslager Buchenwald, wo er bis 1945 verbleiben mußte. Von ihm stammt das Werk «Der SS-Staat», eine Analyse der körperlichen und geistigen Unterdrückung in den Konzentrationslagern. Prof. Dr. Kogon war der Diskussionsleiter beim Europagespräch 1963 in Wien.

Kultur fängt mit der Arbeit an. Jeder Handgriff setzt den Geist voraus. Aber deshalb brauchen sie beide noch nicht human zu sein. Denn man kann sie voneinander trennen, den Geist und die Handgriffe, die Arbeit und ihr Ergebnis. Merkwürdigerweise nennt sich die Kultur dann besonders gern die «höhere Kultur». Zu ihr erhält man nur Zutritt, wenn man sie nicht an ihre Herkunft erinnert, die als «niedrig» doch nicht gelten dürfte, weil sie mit einer Gesamtheit von Arbeitsvorgängen identisch ist, sondern lediglich, insofern sie mit Ausbeutung zu tun hat. Die wird indes in aller Regel entweder schamhaft verschwiegen oder ganz einfach geleugnet. Auf den hohen Schulen der Bildung lehrt und lernt man nur das «Höhere»: die Kultur der alten Griechen an der Akropolis und dem, was sich damit verbindet, nicht aber das Dasein der 200 000 Sklaven, die den 20 00 Vollbürgern der Perikleischen Demokratie ihre Kultur ermöglicht haben; die Kultur der Ägypter wegen der Pyramiden, die der Totenkult der Könige aus der Fronarbeit ganzer Generationen waren; die Kultur der europäischen Schlösser, die das feudale Leben aus den erzwungenen Abgaben der Arbeitenden architektonisch repräsentierten. Legt man den Maßstab des wahren Menschenseins an, und zwar für jede Zeit und jedermann, dann können jene Bauwerke nicht als Ausdruck der Humanität angesehen werden, und was an bewundernswert großartiger Kunst sonst noch